

Krafer Zeitung.

Nr. 259.

Dinstag den 13. November

1866.

Die „Krafer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafer 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Hkr., einzelne Nummern 5 Hkr.

X. Jahrgang.

Gebühr für Inserationen im Anzeigenteil für die vierstellige Zeitzeile 5 Hkr., im Anzeigenteil für die erste Zeile 6 Hkr., für jede weitere 3 Hkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Hkr. — Inserat-Verordnungen und Gelder übernimmt Carl Sudweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: Haasenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien.

Ämtlicher Theil.

Nr. 28502.

Kundmachung.

In der Zeitperiode vom 7. bis 21. October d. J. ist die Kinderpest in Mähren in Ghlyt des Ung. Ostrauer, Sobesnik des Bannener, Kowalowitz des Kofetiner, Grotschan des Kremfierer, Swatoborz des Gajer und Leipsitz des gleichnamigen Bezirkes, mithin in Mähren mit den bereits früher ausgewiesenen 7 Orten zusammen in 13 Orten erfolgt. Dagegen in Birnbaum des Lundenburger, Nedakowitz des Ang. Gradischer, Bojanowitz und Ostal des Kremfierer, Malenowitz des Rapagedler und in dem Maierhose zu Follschau des gleichnamigen, dann in dem zu Wragow des Gajer Bezirkes zum Ausbruche gekommen.

Es verbleiben daher 25 Orte versucht. Diese Mitttheilung der k. k. Statthalterei für Mähren vom 27. v. M. wird mit dem Beise zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß nach Anzeige des Sanok Kreisvorstandes der Sanok Kreis bereits ganz heilbar ist und die Abhaltung der Vieh-Märkte in Dsiek, Zmigrod und Dufka wieder gestattet wird.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krafer, am 6. November 1866.

Obwieszczenie.

W przeciagu czasu od 7 do 21 października b. r. zaraza na bydło (księgoscus) w Morawie w Chylitz w pow. Weg. Ostrawskim, w Sobesnik w pow. Zdaunekim, w Kowalowitz w pow. Kofetinskim, w Wielkim Tischanie w pow. Kremozyskim, w Swatoborzu w pow. Gajskim i w Lipniku w pow. tegoż nazwiska przeszło wlasnie z juz poprzednio wykazanymi 7 miejscami, razem w 13 miejscach ustala, przeciwnie w Birnbaum w powiecie Lundenburg, w Nedakowitz w pow. Weg. Hradyszy, w Bojanowitz i w Ostal w pow. Kremozyskim, w Malenawitz w powiecie Napagedl i w Follwarku w Follschau w pow. tegoż nazwiska, następnie w Wragow w pow. Gajskim wybuchla.

Zaraza przeto panuje w 25 miejscach.

To zawiadomienie c. k. Namiestnictwa Morawskiego z dnia 27 z. m. podaje się do publicznej wiadomości z dodatkiem, że według zawiadomienia Naczelnika obwodowego Sanockiego w obwodzie Sanockim zaraza na bydło juz całkiem ustala i że targi na bydło w Osieku, Zmigrodzie i Dukli znnowu odbywać się mogą.

Z c. k. Komisji namiestniczej.

Kraków, dnia 6 listopada 1866.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 30. October d. J. den Kreisgerichtsvorsteher Ignaz Schrutka in Bnaim und Ignaz Wilko in Neutischin aus Anlaß ihrer Verlegung in den wohlverdienten bleibenden Ruhestand in Anerkennung ihrer vielfährigen, treuen und vorzüglichen Dienste den österreichischen Abelsland mit Nachsicht der Taten allergnädigst zu verleißen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 1. November d. J. dem römisch-katholischen Pfarrer Gregor Matika, des Diocesan Gränzinfanterieregiments Nr. 2, in Anerkennung seines loyalen und erprießlichen Wirkens das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleißen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Befehl vom 3. November d. J. dem Regimentstambour Rudolf Richter, des Infanterieregiments Constantin Großfürst von Rußland Nr. 18, in Anerkennung seiner als Freiwilliger bewiesenen Tapferkeit während des Feldzuges gegen Preußen, die silberne Tapferkeitsmedaille erster Classe allergnädigst zu verleißen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 3. November d. J. dem Quas-Feldwebel Franz Weinzierl, des Infanterieregiments Alexander I. Kaiser von Rußland Nr. 2, in Anerkennung seines handhaften, pflüchtgetreuen Verhaltens in preussischer Gefangenschaft, das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleißen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 6. November d. J. den Hauptleuten Wilhelm Högl, des Geniesabtes, und Friedrich Seyschab, des Artillerieregiments von Hutschenreiter Nr. 10, die Bewilligung allergnädigst zu ertheilen geruht, das denselben verliehene Ritterkreuz erster Classe des großherzoglich hessischen Philipp-Ordens annehmen und tragen zu dürfen.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 14. October d. J. dem Cassendirector der Landes-hauptkasse in Brünn Anton Berlek bei seiner Verlegung in den dauernden Ruhestand Berücksichtigung seiner vielfährigen treuen und erprießlichen Dienstleistung den Titel eines kaiserlichen Rathes allergnädigst zu verleißen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 30. October d. J. den disponiblen Kreisgerichtspräsidenten Emanuel Poloschensky und den disponiblen Oberlandesgerichtsrath Dr. Moriz Frey zu Kreisgerichtsvorsteher, ersteren für Neutischin, letzteren für Bnaim allergnädigst zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krafer, 13. November.

Kund und zu wissen Jedermann, in Berlin ist der Uhrschlüssel zu Hause, mit welchem das Räder-

werk der Welt aufgezogen wird. „Sonderbarer-weise“, schreibt die „Correspondenz Zeidler“, geht durch die in- und ausländische Presse eine Art Verwunderung darüber, daß in der Politik eine Art von Stillstand eingetreten sei. Hiesfür gibt es aber, wie es uns scheinen will, einen sehr einfachen Grund, nämlich den, daß sich der Graf Bismarck zur Zeit noch in Putbus aufhält. Bekanntlich hört mit der Ursache auch die Wirkung auf und wenn sich derjenige, welcher die treibende Kraft der europäischen Politik war, im Seebade befindet, dann hat auch die Politik selbst einwilligen Ferien. Nach unseren neuesten Nachrichten dürfen wir annehmen, daß dieser unfreiwillige Stillstand in nicht zu langer Zeit sein Ende erreichen wird.“ Herr Zeidler und Consorten gleichen dem Manne, der die Quelle der Donau verstopft und verständnißlos grinsend gerufen: Die werden sich wundern in Wien, wann auf einmal bleibt Donau aus.

Der neu ernannte großh. hess. Gesandte am Berliner Hofe, Legationsrath v. Hofmann, ist dort eingetroffen; so ist es wohl wahrscheinlich, daß demnächst auch wieder ein preussischer Gesandter nach Darmstadt geht.

Die „N. Pr. Z.“ schreibt: Die „Weiser-Zeitung“ berichtet, daß in dem am 7. abgehaltenen Cabinets-Conseil der Entwurf der Verfassung des norddeutschen Bundes die königliche Genehmigung erhalten hätte. So viel wir wissen, existirt bis jetzt ein solcher ausgearbeiteter Entwurf noch gar nicht.

Die vertagte Konferenz süddeutscher Abgeordneter in Stuttgart sollte gestern stattfinden. Die Abgeordneten aus Baden wollten folgendes Programm zur Einigung der süddeutschen Volksvertreter einbringen: „1. Die Wiederherstellung eines die deutschen Volksstämme umfassenden national-politischen Bundes, ist bei der gegenwärtigen Sachlage vor allem die Aufgabe Preußens, sie ist aber ebenso sehr die Pflicht der übrigen deutschen Staaten. 2. Ohne die Gefahr der Wiederholung innerer, selbst vielleicht äußerer Conflictte kann ein Anschluß der süddeutschen Staaten an Preußen, beziehungsweise den sich bildenden norddeutschen Bund, nur auf föderativer Grundlage, d. i. unter Siderstellung der berechtigten Selbstständigkeit und der freien constitutionellen Entwicklung des Einzelstaats erfolgen. 3. Eine normative Form für eine derartige Vereinigung der deutschen Stämme ist bereits gegeben. Sie liegt in der Reichsverfassung vom Jahre 1849 mit den Grundrechten des deutschen Volkes. Die Einführung beider, vorbehaltlich einer Revision, wird das gegenwärtige politische Bedürfnis des deutschen Volkes befriedigen und seine Zukunft sicherstellen. Sie kann die vorhandenen Gegensätze verjähren und eine im Unklaren herumirrende Agitation beendigen, die, weil sie sich auf ein lediglich durch die trostlose Haltung der süddeutschen Regierungen hervorgerufenes Schwächegefühl stützt, Gefahr läuft, gegen die Kraft, Fähigkeit und Würde des süddeutschen Volkes ungerecht zu werden.“ 4. Ist die Aufnahme Deutsch-Oesterreichs in den politischen Gesamtverband für jetzt unthunlich, so ist doch das Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit aller deutschen Stämme durch Pflege der gemeinsamen Beziehungen und Interessen wach zu erhalten und dadurch der endliche Anschluß an Deutsch-Oesterreich vorzubereiten.“ Dieses Programm, bemerkt ganz richtig die „Presse“, wenn es auch wirklich zur Grundlage der Verhandlungen gemacht worden sein sollte, dürfte wohl mehrfache Aenderungen von Seite der Württemberger und Baiern erfahren haben. Was uns Deutsch-Oesterreicher betrifft, so wollen wir denn doch noch sehr ernsthafte Versuche machen, auf eigenen Füßen zu stehen, ehe wir den Herren aus Baden für ihren guten Willen danken, uns unter die preussische Pickelhaube zu zwingen.

Ein Artikel in dem „Wiener Journal“ erörtert nun die jüngsten Ereignisse im Oriente, und da dieses Blatt die Bestimmung zu haben scheint, die Regierungsgedanken zu propagiren, so glauben wir diesen Artikel nicht unbeachtet lassen zu dürfen. Das „Wiener Journal“ constatirt zunächst, daß, obgleich die Aufständischen auf Oreta unterlegen sind, sich doch die Zeichen mehren, welche darauf hindeuten, daß die orientalischen Zustände sich noch lange nicht in dem Stadium der Beruhigung befinden. Frankreich wünsche jetzt nichts sehnlicher, als daß die Regierung in Constantinopel allen ihren christlichen Unterthanen diejenigen Concessionen machen möge, welche zu ihrer Wohlfahrt notwendig sind, und daß die letzteren sich dann bescheiden möchten, auf dem Wege des Friedens ihr Wohlergehen zu suchen. Dieselben Gefinnungen werden in England getheilt und es sei selbstverständ-

lich, daß Oesterreich, welches ein Gränz Nachbar des ottomanischen Reiches ist, jeden Versuch zu einer gewaltthätigen Umwälzung bestehender Verhältnisse mit aufrichtigem Leidwesen und mit Besorgniß in's Auge fassen müßte; von der vereinten Action dieser drei mit einander übereinstimmenden Mächte, Frankreich, Englands und Oesterreichs (von Rußland und Preußen schweigt das Blatt), sei eine Erhaltung des inneren Friedens der Türkei zu erhoffen. Doch fügt das „Wiener Journal“ gleich hinzu, daß eine bewaffnete Intervention ausgeschlossen sei, indem jeder christliche Staat Anstand nehmen muß, mit Mitteln des Zwanges oder gar des Krieges gegen Bevölkerungen aufzutreten, welche durch die Bande des religiösen Bekenntnisses so eng mit der occidentalen Welt zusammenhängen. Namentlich sei Oesterreich hier in einer Lage, welche demselben nur gestattet, falls der orientalische Friede gefährdet würde, von den Mitteln ernster Vorstellung, milder Ueberredung und freundschaftlicher Mediation Gebrauch zu machen. Dem österreichischen Scepter — erklärt das „Wiener Journal“ — sind treue Völker unterthan, deren Stammesgenossen auch auf türkischem Boden ihre Heimat haben, und es würde, abgesehen von vielen anderen triftigen Gründen, ungerecht und unpolitisch sein, deren berechtigtes Stammesgefühl durch ein feindseliges Auftreten wider ihre Brüder zu verletzen.“ Zwar fordere Serbien die bessere Stellung gegenüber der Pforte einzunehmen, welche der Moldo-Walachei bewilligt worden, aber aus diesem in politischer Hinsicht nicht gering zu achtenden Begehren werde doch offensichtlich kein erster Friede entspringen. Für die Regierung in Stambul sollte es wichtiger sein, in einem wahrhaft guten Einvernehmen mit dem serbischen Volke zu stehen, als auf der Erhaltung gewisser Rechte, wie z. B. des Besatzungsrechtes von Belgrad, zu bestehen, deren Werth weit eher ein symbolischer, als ein wirklich militärischer oder politischer ist. Das Volk des Fürstenthums Serbien sei zu klein, um eine selbstständige politische Existenz behaupten zu können, dagegen zu stolz auf seinen alten Bestand, seine historische Entwicklung und seine mannhaften kraftvollen Eigenschaften, um sich mit anderen Mägen zu amalgamiren, um Gefahr zu laufen, in ihnen aufzugehen und Selbstständigkeit, Sprache und Sitte auf immer zu verlieren. Die politischen Denker, welche es unter den verschiedenen christlichen Völkern gebe, die die europäische Türkei bewohnen, müssen es erkannt haben, daß eine gänzliche Loslösung von dem türkischen Reich nicht so unbedenklich wäre, als es einem rationalen, unüberlegten Gedankengange erscheinen möge. Die Unabhängigkeit von der Türkei sei nicht gleichbedeutend mit der absoluten Unabhängigkeit, welche Manche anstreben möchten. „Die beste Lösung der orientalischen Frage wäre wahrcheinlich in der Aufrechterhaltung eines politischen Bundes mit der Regierung zu Stambul zu suchen, welches die innere Selbstständigkeit nicht verkleinert und dabei die äußere gewährleistet.“ Nach der Formulirung dieses beachtenswerthen Vorschlages schließt das „W. Journ.“ mit folgenden Sätzen: „Wenn die christlichen Stämme der europäischen Türkei auf diese Weise Stab halten in ihren Forderungen, wenn man in Constantinopel sich mit politischer Klugheit entschließt, das Unabhaltbare ohne Kampf fahren zu lassen, so können Gefahren gebannt oder auf lange hintangehalten werden, deren Eintreten sonst den ganzen Welttheil ernstlich erschüttern müßte.“

Wie man einem preussischen officiösen Blatte mittheilt, legt die französische Civilliste gegenwärtig Geld im Auslande an, und sollen namentlich Güter im südlichen Deutschland und geistliche Güter in der Romagna für Rechnung, wenn auch allerdings nicht unter dem Namen des Kaisers der Franzosen, gekauft sein.

Die Nachricht des „Mem. dipl.“, daß General Menabrea in Paris wegen der Rückerrstattung des Privatvermögens der bourbonischen Familie in Neapel unterhandelt, beruht wahrcheinlich auf einer Verwechslung. Hier in Wien wurde dem General Menabrea, als er zur Friedensverhandlung anwesend war, durch den Grafen Wimpffen im Auftrage der diesseitigen Regierung eine Note überreicht, in welcher sich Oesterreich für die Herausgabe des Privatvermögens sämtlicher durch Victor Emanuel deposcedirter Fürsten, auch der neapolitanischen Königsfamilie, und speciell der unserm Hofe nahe verwandten Prinzessin Annunziata, dringend verwendete. Die vorläufige Antwort auf diese Note war nicht ungünstig: Victor Emanuel versprach, das zweifelhafte Privatvermögen sogleich herauszugeben; die Verhandlungen über die Trennung des Staatseigenthums vom Privatvermögen dauern noch bis heute fort, und es haben sich hiebei namentlich in Neapel Schwierigkeiten herausgestellt; auch scheint die italienische Regie-

lung gegenüber dem Könige Franz, eingedenk der gegen Italien gerichteten Machinationen im Palaste Farnese zu Rom, in weniger günstiger Stimmung und zur Nachgiebigkeit bei der Auseinandersetzung weniger geneigt zu sein. Dies veranlaßte die spanische Regierung, ihren bourbonischen Vettern zu Hilfe zu eilen und durch ihren Gesandten in Paris, Herrn Mon, den Kaiser Napoleon um seine Verwendung in Florenz ersuchen zu lassen. Fürst Metternich erhielt, auf Andringen Spaniens, von Wien aus Auftrag, dieses spanische Gesuch beim Kaiser zu unterstützen. Das sind, wie man hört, die in Wien bekannten Thatsachen. Wenn Kaiser Napoleon dem Ansuchen Folge gegeben hat, so kann er seine Vorstellungen entweder durch den italienischen Gesandten in Paris oder durch den französischen Gesandten in Florenz an das italienische Cabinet gerichtet haben. Es ist also nicht wohl abzulehnen, was General Menabrea noch in der Sache thun soll, er müßte denn den Auftrag haben, besondere Reclamationen gegen die, nach italienischer Auffassung, vielleicht übermäßigen Anforderungen der neapolitanischen Königsfamilie dem Kaiser persönlich zu unterbreiten. Von einem solchen Auftrage verlautet jedoch bis jetzt noch nichts.

Der Frankfurter „Europe“ wird aus Paris geschrieben, daß der Papst sich förmlich geweigert habe, jeden officiellen oder officiösen Besuch Begezz's, den letzterer im Namen der italienischen Regierung machen könnte, anzunehmen.

Der römische Correspondent des „Gaz.“ meldete: Vor einiger Zeit wurden Freiherr v. Ottenfels (österreichischer Vertreter in Rom) und Graf Sartiges angewiesen, dem römischen Hof anzukündigen, daß Oesterreich und Frankreich in erster und bestimmter Weise die polnische Sache aufzunehmen beabsichtigen. Von einer andern Seite wurde hinzugefügt: gerade diese Eröffnungen seien es gewesen, welche den heiligen Vater bewogen hätten, seine jüngste Allocution gegen Rußland zu halten. Wir haben diese Nachricht ihrer Abenteuerlichkeit wegen ignorirt. Ein Wiener officiöser Correspondent der „N. Z.“ ist nun in der Lage, auf das bestimmteste zu erklären, daß diese Nachricht, soweit sie wenigstens Oesterreich und dessen Geschäftsträger in Rom anbelangt, völlig unbegründet ist.

Während die französischen Kriegsschiffe nach Civitavecchia segeln, um aus dem römischen Gebiet die französische Besatzung abzuholen, herrscht im päpstlichen Kriegsministerium ungewöhnliche Thätigkeit. Eine allgemeine Waffen-Inspection hat begonnen, die Truppen werden öfter gemustert und die Anfertigung von einer Million Patronen ist anbefohlen.

Wie erwähnt, hat Lord Derby auf dem City-Banket angedeutet, daß England bereit sei, die Alabama-Frage zu arrangiren. Der seiner Zeit vielgenannte Kreuzer der Südbonföderirten, die „Alabama“, war in England ausgerüstet worden. Die Neutralitätsgelege waren dadurch verletzt, wenn nicht direct durch die englische Regierung, so doch durch englische Private, deren Controle Seitens der Regierung nicht streng genug geübt worden war. In Amerika, nachdem Anfangs der Ausbruch eines Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und England gedroht hatte, drang man schließlich wenigstens auf Schwadloshaltung, d. h. auf Erlaß dessen, was durch die „Alabama“ an nordstaatlichem Eigenthum zerstört worden war. Diese Angelegenheit scheint sich nun also zu arrangiren.

Zur Affaire Pust wird der „Deb.“ geschrieben: Noch weiß die öffentliche Meinung nicht, wie sie sich in der so viel besprochenen Affaire des Capitän Palmer und des Schneidergesellen Pust orientiren sollte. Fast jeder Tag ändert die Chancen jener zwei einander gegenüberstehenden Versionen, von denen die eine an die Wirklichkeit des Attentats, die andere aber an eine Dystification glauben will. Aber all' dem liegen nur Gerüchte zu Grunde, auf welche kein Verlaß ist. Insbesondere finde ich in den Wiener Blättern eine ganze Fluth von Meldungen, die aber, so weit sie sich über das Stadium ausprechen, in welchem sich die gerichtliche Untersuchung befindet, so ziemlich ausnahmslos als unbegründet bezeichnet werden können. Ich kann Sie nämlich in der positivsten Weise versichern, daß von einem Abbruch der Untersuchung in der fraglichen Attentats-Angelegenheit noch lange nicht die Rede ist, und daß man eher sagen kann, die Untersuchung befindet sich erst in dem Stadium der Entwicklung, welche allerdings größere Dimensionen annimmt, als man anfänglich erwartet haben mochte. So wird, um nur eine Thatsache zum Belege des Gesagten vorzuführen, ein gro-

ber und nicht unwesentlicher Theil der Untersuchung in Wien geführt, und zwar per delegationem von dem Wiener Landesgerichte, welches in Folge dessen bereits eine Anzahl von Personen verhört und dessen ungeachtet noch zahlreiche Personen zu verhören hat.

Präsident Hasner ist nicht gesonnen, ein Mandat für Böhmen anzunehmen, sondern würde nur ein Mandat für Niederösterreich annehmen. Auch nach Prag ist ein Telegramm des Professors Hasner gelangt, in welchem er jede Candidatur ablehnt, zumal er seine Vorlesungen in Wien bereits begonnen habe.

Aus Prag wird vom 10. d. geschrieben: Stadtrath Fürst, dem Candidaten des deutschen Wahlcomités in dem Bezirke, welcher bei der ersten Wahl Hasner gewählt, soll in Stadtrath Pstroch ein Gegenandidat von czechischer Seite entgegengestellt werden, nachdem zwei hervorragende Mitglieder dieser Partei erklärten, gegen Fürst nicht candidiren zu wollen.

Deak soll sein Mandat niedergelegt haben. So lautet ein unverbürgtes Gerücht, welches gestern in Pest Aufsehen erregt haben soll.

Krakau, 13. November.

Mit Beginn dieses Monats ist in dem hierortigen landesgerichtlichen Gefängnisse eine Institution ins Leben getreten, die von den segensreichsten Folgen für die Häftlinge sein wird und einen neuen Beweis liefert, wie Seitens der Regierung weder Mühe noch materielle Opfer gescheut werden, um auch den humanitären Zweck der Strafe, die Besserung der Sträflinge zu erzielen, die verirrten Glieder der Gesellschaft sowohl in moralischer als geistiger Beziehung auszubilden, selbe an Arbeit zu gewöhnen und die Sträflinge wahrhaft gebessert aus der Strafe zu entlassen. Es wurde nämlich im Gefängnisse eine ordentliche Schule gegründet, in welcher den Sträflingen täglich durch den Gefängnisgeistlichen der Religions-Unterricht erteilt wird, während durch die der gebildeteren Classe angehörigen Häftlinge die Vorlesung von Erbauungsbüchern stattfindet. Ebenso wird durch die des Lesens, Schreibens und Rechnens kundigen Sträflinge den sich zum Unterricht freiwillig meldenden, sowie den noch im jugendlichen Alter stehenden Sträflingen Unterricht im Lesen, Schreiben und Rechnen erteilt.

Zu diesem Zwecke wurde ein geräumiges, liches Locale als Schulzimmer eingerichtet, mit den notwendigsten Requisiten versehen und eine Anzahl von polnischen Elementarbüchern angeschafft, die den Sträflingen zur Benützung übergeben werden.

So gering die vorhandenen Mittel sind, so erscheint es doch erfreulich, daß schon gegenwärtig mit Grund ein günstiges Resultat dieser Institution zu erwarten steht, indem die des Unterrichtes genießenden Sträflinge während der kurzen Zeit des Bestandes der Schule bereits die Ueberzeugung von dem wohlthätigen Einflusse des Unterrichtes erlangten, sich die Anzahl der zu demselben freiwillig meldenden mehr und bei einigen derselben, welchen jede Kenntniß des Lesens und Schreibens mangelte, bei ihrem größeren Fleiße schon ein auffälliger Fortschritt zu Tage tritt, so daß bei regelmäßiger Fortsetzung des Unterrichtes eine nicht geringe Anzahl von Sträflingen, denen jede Kenntniß mangelte, mit den Elementarkenntnissen bereichert, daher wenigstens in einer Hinsicht gehoben, den Straftat verlassen und in die bürgerliche Gesellschaft zurückkehren werden.

Wie wünschenswerth wäre es, wenn die humanitären Absichten der Regierung durch edle Menschenfreunde unterstützt und durch Spenden von moralischen, der Bildungsstufe des größeren Theiles der Häftlinge angemessenen Büchern für den abgesehenen Zweck ein wesentlicher Voranschub geleistet würde.

In der gestrigen unter Präsidenschaft Dr. Dietl's um 5 Uhr Nachm. abgehaltenen Plenarsitzung des Krakauer Gemeinderaths waren 55 Mitglieder anwesend (abwesend H. Graf Moszyński, Vinc. Wolf, Mendelsohn und Vinc. Kirchmayer). Der Zuschauerraum ist gefüllt. Das verlesene Protocoll der vorigen ordentlichen Sitzung wurde nach Weglassung der auf die letzte Nachwahl resp. den Landesausschuß sich beziehenden Stelle auf den eigenen einhellig angenommenen Antrag des Herrn Dr. Zyblikiewicz, der nach näherer Informirung in dieser Sache keinen Grund sieht, auf seinen Worten zu bestehen, das andere Protocoll der außerordentlichen (Installations-) Sitzung vom 31. v. dagegen ohne Aenderung angenommen. Der Secretär Herr Piotrowski bringt zur Kenntniß des Gemeinderaths, daß das k. k. Genie-Commando die unterbrochenen Arbeiten an der alten Weichsel wieder aufgenommen, daß nach einer Zuschrift des Lemberger General-Commando an das hiesige Festungs-Commando die Fortschaffung resp. Verkauf der Stroß- und Heu-Magazine, die mehrfach den Gegenstand von Erörterungen wegen ihrer für die Stadt feuergefährlichen Situierung gebildet, in erfreulicher Aussicht stehe und daß bei dem gelinden, bald ein gänzlichem Erlöschen hoffen lassenden Verlauf der Cholera das Cholerahospital auf dem Kazimierz bereits geschlossen, in dem andern am Klopaz die Alerzie bis auf Einen ihrer übernommenen Pflichten entbunden werden konnten. Für die vom Präsidenten Dr. Dietl durch seine freigebigen Spenden errichteten Stiftungen sprechen Herr Pankratz im Namen der Handwerker, Dr. Majer für die der künftigen Handelschule zugedachte Dotirung, Demherr Gedow, Gornicki für die bedachten wohltätigen Institutionen ihren Dank aus. Die folgenden als dringlich anerkannten Anträge finden noch vor der Tagesordnung ihre Erledigung. H. Langie's Antrag betr. die Ausarbeitung eines die Wirkksamkeit des Gemeinderaths fördernden statistischen Tableau durch sieben Fachmänner wird angenommen. Die Wahl derselben ist dem Präsidenten nach Verständigung mit dem Antragsteller anheimgegeben. Ebenso wird Dr. Dettlinger's Antrag betr. die Eingabe an den h. Landtag um Einführung der polnischen Vortrags-Sprache an der israelitischen Hauptschule am Kazimierz angenommen. Der Sections-Antrag betr. die Fütterungs- und

Haltestation für das nach Westen gehende Mastvieh wird in der Weise erledigt, daß auf Antrag Dr. Machalski's die in Wien zur Betreibung der Angelegenheit zusammengetretenen Mitglieder von Seiten des Gemeinderaths mit einer Vollmacht zu versehen sind. Der Präsident, der noch in dieser Woche abzureisen gedenkt, wird sich mit den übrigen die Reise beabsichtigenden Herren, dem Referenten der Section Stan. Feintuch und Dr. Weigl in's Einvernehmen setzen. Herr Vinc. Kirchmayer ist bereits in Wien; von mehreren Seiten wird gewünscht, daß sich auch Herr John anschließe. Die Sache ist umso dringender, als Oswigim sich eifrig um die Erlangung der Station für sich verwendet. Der weitere von Herrn Piotrowski verlesene Antrag betr. die Entschädigung für die zu den Festungswerken expropriirten Gründe wird auf Voranschlag des Präsidenten an 5 in der Section zu wählende Mitglieder zur Erledigung überwiesen. Der Familie Czech wird für die Bewahrung des dem Präsidenten überreichten Bürgermeister-Scepters der Dank votirt. Endlich haben 5 Mitglieder der betreffenden Section die Revision des Gemeindestatuts vorzunehmen. Der Vicepräsident beantragt, den Landesausschuß um Erwirkung der Concession zur Errichtung einer Fabrikantstalt zu Gunsten armer Leute anzugehen, die durch Cigarren-Spinnen und Bearbeitung anderer Tabakproducte in ihr Erwerb finden könnten. Sein zweiter Antrag betrifft die Eingabe an den Landtag wegen Vermehrung der Zahl der Landtagsabgeordneten; beide Anträge werden unterstützt, jener an die 1., dieser an die 2. Section geleitet.

Auf der Tagesordnung steht: 1. Bericht der Verificirungscommission über die Wahl des Herrn Michael Borowski (Referent Herr Wtowski). Dr. Machalski's Antrag, den Bericht der Commission zu näherer Prüfung zurückzustellen, wird nach längerer Debatte, während welcher der Präsident die Gallerien zur Ruhe mahnen mußte, einhellig angenommen. 2. Bericht der zweiten Section, betreffend die Befolgung des zweiten Vice-Präsidenten der Stadt (Ref. Dr. Weigl). Die Section hatte sie auf 2600 fl. jährlich angelegt; Dr. Koczyski will 2500 fl., Dr. Strzelbicki 2000 fl., der Vice-Präsident 2000 fl. als festen Gehalt und 600 fl. als Remuneration für Wohnung u. (Bravo), Dr. Wróblewski 2000 fl. angewiesen wissen. Nach Ablehnung dieser der Reihe nach zur Abstimmung kommenden Amendements erhält der Antrag des Vice-Präsidenten in Uebereinstimmung mit der Section, deren Referent hervorhebt, daß der Beschluß nur provisorische Gültigkeit bis zur Feststellung des Budgets habe, die Majorität. 3. Vorlage des Rechnungsschlusses des städtischen Fonds für 1864; wird auf Antrag des Präsidenten zur Verificirung der 2. Section überwiesen. 4. Vorlage des Budgets des städtischen Fonds für 1867; wird unter gleichzeitiger Drucklegung der 2. Section abgetreten. 5. Bericht der 2. Section betreffend die Vermietung zweier Speicher und Keller im heil. Geist-Gebäude an die Herren Löbenstein (Referent Magistrats-Rath Herr Lozinski): Das Local wird bis Ende 1869 für 240 fl. jährlich demgemäß vermietet. 6. Bericht der 1. Section betreffend die Ertheilung eines dreimonatlichen Gehaltsvorstusses für den städtischen Cassa-Schreiber Mathias Spalek (Referent Dr. Samelsohn); bewilligt. 7. Bericht der 5. Section, betreffend die Anträge des Präsidenten Dr. Dietl hinsichtlich der öffentlichen Erziehung (Ref. Dr. Majer). Die ihrem Wortlaut nach seiner Zeit bereits mitgetheilten 4 Anträge werden nach kurzer Motivirung und Fürsprache durch den Referenten vom Präsidenten der Reihe nach und in ihren einzelnen Theilen besonders zur Abstimmung gebracht und ohne jede Discussion angenommen. Sie lauten in kurzem Inhalt, wie sie zur Motivirung gelangten: Bestellung einer Gymnasialdeputation aus 3 Mitgliedern, die k. k. Statthalterei-Commission wird ersucht, demgemäß Verfügungen zu treffen; Wahl der Deputation in einer nächsten Sitzung; Gesuch an den Landtag um Einführung der polnischen Vortragsprache in den Gymnasien; um ein Gesetz betreffend die Organisation der Haupt- und mittleren Schulen. 8. Bericht der 4. Section betreffend die Aufnahme einiger Personen in den Gemeindeverband (Ref. Herr Zieleniewski); sie erfolgt gegen eventuelle Zahlung der Taxe und selbstverständlich wo nöthig nach Erlangung des österreichischen Bürgerrechtes. 9. Bericht der 2. Section, betreffend die Anträge der Herren Gumpłowicz und Miroszowski hinsichtlich der Republicirung des Verzehrungssteuer-Tarifs (Referent Herr Miroszowski). Der betreffende Antrag (der Magistrat hat die betreffende k. k. Finanzbehörde um die Republicirung zu ersuchen; an jedem Mauthstrafen sind die Tarife in polnischer Sprache anzuschlagen) wird angenommen. 10. Bericht der 2. Section über den Antrag derselben Herren, daß die Verzehrungssteuer künftig ohne Benachtheiligung der Gemeinde nicht verpachtet werde (Ref. Herr Miroszowski). Ein Theil des Antrags entfällt namentlich, nachdem die ministerielle Bestätigung des mit den Erben des verstorbenen Herrn Löbenstein, Herrn Gustav und Dr. Otto Löbenstein bis 1869 verlängert abgeschlossenen Contracts erfolgt ist. Die 2. Section hat bereits eine Prüfungscommission, bestehend aus den Herren Helcel als Vorsitzenden, Borowski, Schwarz, Dr. Weigl u. bestellt und wünscht nur die betreffende vorherige Benachtheiligung im Namen der Stadt wegen Einhebung der Verzehrungssteuer und demgemäß das Gesuch an das Ministerium zu stellen. Der Antrag der Section wird angenommen. In Anbetracht der vorgerückten Stunde (über halb 9 Uhr) hebt der Präsident die Sitzung auf und kerkert eine neue auf heute Nachmittags 5 Uhr, ohne sonstige vorherige Einladung durch Rundschreiben. In ihr kommen die noch übrigen 8 Gegenstände der Tagesordnung (sammt der Vice-Bürgermeisterwahl) zur Erledigung, die, um keine Rückstände zu lassen, noch erfolgen muß.

Österreichische Monarchie.

Wien, 12. November. Se. Maj. der Kaiser ist gestern Vormittag halb 10 Uhr von Schönbrunn nach Wien gekommen, und empfing Ihre k. Hoheiten die Herren Erzherzoge Albrecht und Rainer. Se. Majestät präsidirte hierauf einem Ministerrath,

an welchem die sämmtlichen Herren Minister und der ungarische Hofkanzler theilnahmen. Um neun Uhr fuhr Se. Majestät der Kaiser wieder nach Schönbrunn zurück.

Se. k. Hoheit Erzherzog Albrecht wird sich Dienstag mittelst Separat-Hofzug der Raaberbahn nach Komorn begeben. Se. k. Hoheit wird in Begleitung mehrerer hoher Generale daselbst eine Revue abhalten, die Festung inspiciren und nach eintägigem Aufenthalte wieder hier eintreffen.

Der Volschaftssecretär Baron Münch ist nach Beendigung seines Urlaubs auf seinen Posten in Paris zurückgekehrt.

Deutschland.

Ueber die Zustände in den neuen Annexionen Preußens bringt die „Voh.“ folgendes interessante Schreiben: Berlin, 7. Nov. Es war bekanntlich viel die Rede davon, daß der König demnächst eine Rundreise durch die annectirten Provinzen antreten werde. Der Plan bestand allerdings, aber bei der Wendung, welche die Dinge nehmen, dürfte derselbe sogleich auf unbestimmte Zeit vertagt worden sein. Wenigstens lauten die officiellen Berichte über die Stimmung in den annectirten Ländern nicht sehr einladend zu einer solchen „Triumphreise“. Zwar der einzelnen gibt es genug, welche jetzt nach der Annexion noch mehr von großpreussischem Enthusiasmus überfließen, als sie es vor derselben thaten. Allein diese verschwinden denn doch, sobald die großen Massen in den Vordergrund treten. Man ist hier klug genug, sich darüber nicht zu täuschen und nimmt die baldigenden Deputationen, welche von Zeit zu Zeit eintreffen und Localitäts- und Ergebniss-Adressen unterbreiten, durchaus nicht als Repräsentanten der Majorität auf. So sehr man sich seinerzeit Mühe gab, die Ausdehnung der großpreussischen Partei eine unbegrenzte zu schildern, so weiß man doch, daß dieselbe, im Grunde genommen, nur nach Köpfen zählt. Freilich hat Graf Bismarck, dem die Berichte der Agenten des Nationalvereins vorlagen, dem König versichert, seine Armee und die Regierungsorgane werden in Hannover und Kurhessen als Befreier begrüßt werden, so groß sei die Freude darüber, daß man die Herrschaft losgeworden sei. Doch wie wenig stimmt es damit zusammen, wenn hier täglich Bittschriften von preussischen Officieren einlaufen, man möge sie doch aus der „Strafbrigade“ in Hannover und Frankfurt entfernen. In Frankfurt namentlich scheinen die Damen eine „geheime Nationalregierung“ gebildet zu haben, die jede verheißt, welche sich an öffentlichen Orten, wo auch preussische Officiere erscheinen, zeigt. Und den gemeinen Soldaten geht es in Sachsenhausen nicht besser, so daß sich viele derselben nicht an den Tisch zu setzen wagen, ohne ihr Seitengewehr zur Hand zu haben. Graf Bismarck hat es sogar dahin gebracht, daß der Kurfürst von Kassel populär wird, wie der Empfang desselben in Hanau zeigte. — Die „Zeitung für Norddeutschland“ hat jüngst gemeldet, daß die Absicht des Kronprinzen von Preußen, in Hannover Hof zu halten, nicht aufgegeben, sondern nur verschoben sei, wegen der bekannten hartnäckigen Demonstrationen gegen das Bestehende, welche natürlich nichts weniger als eine Bürgschaft für die angemessene Aufnahme des Kronprinzen und seiner Gemalin Seitens der Bevölkerung darbieten! Das genannte Blatt hat aber mit diesem officiösen Zugeständniß noch immer nicht das Richtige gesagt. Die Wahrheit ist vielmehr, daß die Kronprinzessin von Preußen, als nahe Verwandte des hannoverschen Königshauses, und heraus erklärt hat, sie werde sich nie dazu verstehen, „in geraubten Schlössern“ ihren Sitz zu nehmen. Bekanntlich ist der Kronprinz den Eingebungen seiner Gemalin viel zu sehr zugänglich, als daß diese kategorische Weigerung nicht maßgebend für seine Entschlüsse wäre. Desgleichen fand sich bis zur Stunde kein Prinz des königlichen Hauses dazu bereit, seinen Sitz in Wiesbaden oder Kassel zu nehmen, wiewohl Graf Bismarck hierauf großen Werth legte. — Das preussische Besitzergreifungspatent hat bekanntlich großes Gewicht darauf gelegt, daß die Gesetze und Einrichtungen im annectirten Lande, soweit sie der Ausdruck berechtigter Eigenschaften sind, erhalten und gesichert werden sollen. Wie wenig gewissenhaft es die Regierung mit diesem Versprechen nimmt, wird namentlich an ihrem Vorgehen in Hannover klar. Wer jenes Land und seine Verhältnisse kennt, wird zugeben müssen, daß dorten Gesetze und Einrichtungen bestehen, welche mit den Eigenschaften und Einrichtungen des ganzen Volkswesens zu innig verschmolzen sind, um von diesem sogleich getrennt zu werden. Hier scheint man sich jedoch hierüber noch nicht klar geworden zu sein, oder doch nicht klar werden zu wollen. Zwar hat man aus sämmtlichen Ministerien Beamte nach Hannover entsendet, welche Studien an Ort und Stelle machen sollen. Daß dieses auch bezüglich des Justizwesens geschah, ist sehr bedenklich, umso mehr als sich namentlich die hannoversche Gerichtsordnung einer Vortrefflichkeit erfreut, die speciell in Deutschland wiederholt anerkannt wurde. Ganz verschiedene Eingriffe hat man sich jedoch auf einem andern Gebiete gestatten zu müssen geglaubt. In Hannover ist, abweichend von Preußen, in Münzen und Gewicht das Decimalsystem eingeführt, allein nicht nach Nachtheil der Manipulation. Allein, da man sich bei uns noch immer nicht vom Duodecimalsystem trennen kann, so wurde dieses auch in Hannover decretaliter eingeführt, anfangs allerdings nur im Postwesen, aber zweifelsohne wird diese Decretirung auch noch weitere Ausdehnung finden. Noch ein Fall. Das ursprüngliche Statut für die Pariser Ausstellung sicherte Hannover eine selbstständige Vertretung und sicher hätte das Land mindestens 4 Mitglieder zur Jury zu stellen gehabt. Das neue Souveränement erachtet jedoch eine solche Vertretung nicht

für angemessen und Hannover wird im Industrie-Palaste als preussische Provinz figuriren, wofür sich überhaupt unter solchen Umständen Aussteller finden werden. Noch viel unerquicklicher lauten die vertraulichen Berichte aus Schleswig-Holstein, wo die öffentliche Meinung, will sie nicht annerkennend sein, total geknackt ist. Das Volk wird immer störriger und die Stimmung erinnert an die ärgste Zeit der Dänenherrschaft, nach der man sich in Schleswig theilweise seht. Es heißt schon, daß in den Elbeherzogthümern die preussische Besatzung wesentlich werde verstärkt werden müssen. Jedenfalls dürfte die Regierung für lange Zeit hinaus alle Hände voll damit zu thun haben, um die Feinde, welche sie sich nun erobert hat, unschädlich zu erhalten. Und da sehen wir noch ab von der eigenhümlichen Bewegung, die sich, verlässlichen Nachrichten zufolge, in den Rheinländern immer deutlicher bemerkbar machen soll, wenn sie auch bisher keine deutliche Gestaltung genommen.

In Hannover fand am 7. d. eine Versammlung von etwa 130 Mitgliedern aller Ritterschaften des Landes statt, um über die gegenwärtige Lage zu berathen. Es wurde beschlossen, eine Ansprache an die Bevölkerung zu richten, folgenden Inhalts: Nachdem unter Nichtbeachtung der Rechte des Landes und des königlichen Hauses und gegen den Willen der Majorität der Bevölkerung die Einverleibung Hannovers in Preußen beschlossen worden und jetzt in Vollzug gesetzt werde, so erachte die Versammlung es für nöthig zu erklären, daß zur Einführung der durch die Annexion erforderlichen Aenderungen in den Institutionen des Landes nicht bloß etwa der Beirath einer Notablenversammlung, sondern die Mitwirkung der Ständeversammlung und der Provinzial-Landschaften in Anspruch zu nehmen sei. Man könne sich nicht der Auffassung anschließen, daß mit der Occupation, resp. Einverleibung der ganze öffentliche Rechtszustand des Landes hinfällig geworden sei, sondern müsse dafür halten, daß die Rechte der Ständeversammlung und der Provinzial-Landschaften auch jetzt noch fort-dauern.

Das Officierscorps der preussischen Armee und Flotte beabsichtigt dem König zu dessen 60jährigem Dienstjubiläum am 1. Jänner 1867 eine Dedication zu überreichen, welche anzunehmen der König auch bereits erklärt haben soll. Dieselbe wird in einer Denksäule mit einer Vorrissa von Silber, ca. 5 Fuß hoch, bestehen. Auf der Säule sollen, wie die „Staatsbürgerzeitg.“ berichtet, die Daten der hervorragendsten Ereignisse aus dem Leben des hohen Jubilars gravirt sein, und das Piedestal wird geziert werden mit den in Basrelief ausgeführten Darstellungen von Königgrätz, des Sitzes des Königs mit den siegreichen Truppen in Berlin am 20. September 1866, ferner der Besichtigung der Doppeler Schanzen durch den König in Begleitung der königlichen Prinzen am 21. April 1864 und endlich des Königs als Prinz von Preußen zu Pferde im badischen Feldzug 1849.

Der Schanzenbau bei Dresden ist vollendet. Im Ganzen sind auf der Altstadt-Seite fünf Schanzen und 4 Batterien und auf der Neustadt-Seite fünf Schanzen errichtet worden. Die Gesamtkosten werden auf eine Million Thaler veranschlagt. Die in Dresden bisher erscheinende literarisch-wissenschaftliche Monatschrift: „Vorgelad pöwsgsch“ wird vom Neujahr an in Posen unter dem Titel: „Tygodnik literacki“ herausgegeben werden.

Frankreich.

Heute am 13. d. soll die dritte Sitzung der Armee-Organisations-Commission stattfinden. Man meint, daß in dieser Sitzung das definitive Project der Recrutirung, in der Form angenommen werden wird, in der es den Kammern vorgelegt werden soll. Es scheint übrigens, daß alle Mitglieder der Commission über die Hauptgrundlagen bereits einig sind. Wenn diese Grundlagen ganz festgelegt sind, so ist es wahrscheinlich, daß andere Commissionen, aus Fachleuten bestehend, damit beauftragt werden, ein neues Project betreffs der Reorganisation der Armee auszuarbeiten. — Einstweilen handelt es sich also bloß um eine Vergrößerung der Armee und — der Staatslasten.

Ueber die aus Paris telegraphisch gemeldeten Verhaftungen liest man im „Evenement“ vom 8. d.: „Seit gestern beschäftigt man sich im Quartier Latin viel mit einer polizeilichen Arrestation, die in der Nacht vorher in einem Hause des Boulevard St. Michel vorgenommen wurde. Es wurden daselbst 42 Individuen, meistens Studierende der Rechte und der Medicin, verhaftet und nach der Polizei-Präfectur abgeführt. Mehrere Polizei-Commissäre sind mit der Untersuchung dieser Angelegenheit beauftragt, und es sind in den Wohnungen der Beschuldigten Nachsuchungen angestellt worden. Wie es scheint, liegt die Anschuldigung vor, daß in dem besagten Hause geheime Versammlungen abgehalten worden seien.“ Anderen Nachrichten zufolge handelte es sich um eine aus Studenten und Arbeitern bestehende Versammlung, welche über die Fragen berathen wollte, die auch auf dem Genfer-Arbeiter-Congresse zur Sprache gekommen waren. Die Verhafteten wurden zuerst nach der Polizei-Präfectur und dann in das Zellengefängniß Mazas gebracht. Die Polizei hatte zur Ausführung dieser Operation eine ungewöhnliche Macht entwickelt.

Die Frage einer Eisenbahnverbindung zwischen England und Frankreich vermittelt Tunnels zwischen Calais und Dover ist vielfach besprochen und über die Ausführbarkeit vielfach gestritten worden. Daß man die Absicht hat, die Sache ernstlich in die Hand zu nehmen wird dadurch bewiesen, daß der Schleppdampfer „Relly“ (engagirt von den Herren Brunel und Hawkshaw) im gegenwärtigen Augenblicke zwischen Dover und Calais mit Vermessungen beschäftigt ist. Das Schiff ist mit allen wissenschaftlichen Instrumenten, die zu diesem Zwecke erforderlich sind, ausgerüstet und jeden Tag bei schönem Wetter auf der genannten Strecke zu sehen.

Italien.

Abgereist sind die Herren: Graf Wolkowski Wlasyłaus nach
 Pobelien, Graf Wodzycki Kazimierz nach Lemberg, Graf Konarski
 Javer, Graf Łos Adam und Tabaczynski Adam nach Galizien.

3. 19961. Kundmachung (1163. 1-3)

Wegen Sicherstellung eines Parallelwerkes und eines Deckwerkes, dann der Ausübung einigen Gestrüppes am Skawajus nach der Zatorer Brücke wird den 19. November l. J. Vormittags beim k. k. Kreis-Vorstande in Wadowice eine öffentliche Offerten-Verhandlung abgehalten werden.

Das ganze Erforderniß besteht in der Herstellung von 176⁰ 3' 9" Kubikmaß Fagelinenwerke, wofür nebst der Gestrüppausrottung der Betrag von 1654 fl. 37 1/2 fr. bestimmt ist.

Vorschriftsmäßig verfaßt, mit der Stempelmarke von 15 fr. versehen und mit dem 10% Badium belegte Offerte sind längstens bis 11 Uhr Vormittags des Verhandlungstages einzureichen; später einlangende Offerte werden nicht berücksichtigt. Die näheren Bedingungen können beim Wadowicer Kreisvorstande eingesehen werden.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.
Tarnow, den 6. November 1866.

Obwieszczenie.

W celu zapewnienia budowy tam za wodą idących i opaski, jakoteż wykarczowania wikla nad rzeką Skawą niedaleko mostu Zatorskiego odbędzie się dnia 19. listopada r. b. u c. k. Naczelnika obwodowego w Wadowicach publiczna licytacja przez oferty.

Cała ilość materiału, którego wymaga budowa, stanowią 176 sążni, 3 stóp, 9 cali kubicznych faszyń, za które wraz z wykarczowaniem wikla suma 1654 złr. 37 1/2 kr. w. a. jest przeznaczona.

Podług przepisu ułożone marką za 15 ct. i 10% wadium opatrzone oferty mają być na dalej do 11 godziny przed południem w dniu licytacji przedłożone, później nadesłane oferty nie będą uwzględnione. Bliższe warunki mogą być przejrane u c. k. Naczelnika obwodowego w Wadowicach.

Z c. k. Komisji namiestniczej.
Kraków, dnia 6 listopada 1866.

L. 20446. Edykt. (1164. 1-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia p. Władysława Kowalskiego z miejsca pobytu niewiadomego, iż wydany przeciw niemu na prośbę Mojżesza Rittermanna na zasadzie weksłu z dnia 2 października 1865 na kwotę 50 złr. w. a. z przypo. pod dniem 23 października r. b. do l. 19446 nakaz płatniczy jemu do rak kuratora p. Dra. Szlachetowskiego, któremu się jako substytutu p. Dra. Koczyńskiego podstawi, doręczonym został, wzywając go, aby rzeczonemu kuratorowi dotyczące środki obrony niezwłocznie udzielił.

Kraków, dnia 10 listopada 1866.

3. 52546. Kundmachung. (1140. 3)

Vom Schuljahre 1866/7 angefangen sind mehrere Stipendien im Betrage von 210 fl. und 157 fl. 50 fr. d. W. aus der

- a) Głowiński'schen Stiftung für Adelige und Nicht-adelige,
- b) Potocki'schen Stiftung für Adelige und
- c) aus der Extracordonal-Stiftung wieder zu besetzen.

Zur Bewerbung um diese Stipendien wird der Concurs bis Ende November 1866 ausgeschrieben. Die Bewerber haben ihre Gesuche, welche mit Tauf-scheinen, Studien- und Verwendungs-Zeugnissen, dann mit dem von betreffenden Pfarrämtern ausgestellten und von politischen Ortsbehörden bestätigten Mittellosgkeits-Zeugnissen zu versehen sind, im Wege der Studienvorstände innerhalb des Concurstermins bei der k. k. Statthalterei einzubringen.

Sollten die Competenten Stipendien für Adelige oder aus dem Titel der Angehörigkeit zur Familie der Stifter ansprechen, so haben sie die Competenzgesuche mit den Nachweisungen über die Adelseigenschaft und den allfälligen Nachweisungen über ihre Abstammung von jener Familie der Stifter, denen bei Verleihung der Stipendien stiftungs-gemäß ein Vorzugsrecht zufließt, zu belegen.

Von der k. k. Statthalterei.
Lemberg, am 24. October 1866.

Obwieszczenie.

Zaczawszy od roku szkolnego 1866/7 jest kilka stypendyów w rocznej kwocie 240 złr. i 157 złr. 50 ct. w. a. a mianowicie:

- a) z fundacyi Głowińskiego dla szlachty i dla nie-szlachty,
- b) z fundacyi Potockiego dla szlachty i
- c) z fundacyi zakordonowej — do obsadzenia.

Do ubiegania się o te stypendya rozpisuje się konkurs do końca listopada 1866.

Ubiegający się o te stypendya kandydaci, mają podania swoje, które muszą być zaopatrzone w metryki chrztu, w świadectwa nauk i frekwencyi, tudzież w wydane przez przynależne urzędy parafialne a przez polityczne władze miejscowe potwierdzone świadectwa ubóstwa, przedłożyć za pośrednictwem zwierzchności naukowych w przeciągu terminu konkursowego c. k. Namiestnictwa.

Jeżeliby kompetenci ubiegali się o stypendya dla szlachty lub tytułem przynależności do rodziny fundatorów, natenczas mają oni założyć do swoich podań dowody swojego pochodzenia szlacheckiego, tudzież potrzebne dowody spokrewnienia z tą rodziną fundatorów, której przy nadaniu stypendyów przysłuży pierwszeństwo podług postanowień fundacyi.

Z c. k. Namiestnictwa.
Lwów, dnia 24 października 1866.

3. 52546. Kundmachung (1139. 2-3)

Zur Wiederbesetzung eines Stipendiums jährlicher 210 fl. d. W. aus der Zebrowski'schen Stiftung vom Schuljahre 1866/7 angefangen, wird der Concurs bis Ende November 1866 ausgeschrieben.

Auf dieses Stipendium haben im Allgemeinen adelige und dürftige Rechtshörer Anspruch, welche sich zu Concursbeamten für den hiesigen Staatsdienst zu bilden beabsichtigen, zu diesem Zwecke sich den juristisch politischen Studien widmen, und nach beendigten Rechtsstudien bei einer landesfürstlichen Verwaltungs- oder Gerichtsbehörde in Galizien in einer solchen Dienst-kategorie eintreten, zu welcher die juristisch-politischen Studien nothwendig sind.

Der Genuß des Stipendiums dauert in solange, bis der Betheiligte ein Adjutum oder eine Befoldung aus einer landesfürstlichen Casse erhält.

Die Bewerber um dieses Stipendium haben ihre Gesuche, welche

- a) mit dem Taufschne,
- b) mit einem vom Ortspfarrer ausgestellten und von der Ortsobrigkeit bestätigten Mittellosgkeits-Zeugnisse,
- c) mit der Nachweisung über die Adelseigenschaft und
- d) mit einem Maturitäts-, Frequentations- und sonstigen Studienzeugnissen zu versehen sind, innerhalb des Concurstermins im Wege des Vorstandes der juristischen Facultät bei der k. k. Statthalterei einzubringen.

Von der k. k. Statthalterei.
Lemberg, am 24. October 1866.

Obwieszczenie.

Dla obsadzenia opróżnionego stypendyum w rocznej kwocie 240 złr. w. a. z fundacyi Zebrowskiego, zaczawszy od roku szkolnego 1866/7, rozpisuje się niniejszym konkurs do końca listopada 1866.

Do otrzymania tego stypendyum mają w ogóle prawo ubodzy słuchacze praw pochodzenia szlacheckiego, którzy zamierzają kształcić się na urzędników koncepcyjnych do służby publicznej w tym kraju, w tym celu poświęcają się naukom prawniczo-politycznym, i po ukończeniu nauk prawniczych wstępują w którejkolwiek monarchicznej władzy administracyjnej lub sądowej w Galicji do takiej kategorii służby, do której potrzeba są nauki prawniczo-polityczne.

Pobieranie tego stypendyum trwa-tak długo, dopóki obdzielony niemu nie otrzyma adjutum, lub płacy z kasy monarchicznej.

Kandydaci, którzy chcą ubiegać się o to stypendyum, mają podania swoje, które muszą być zaopatrzone:

- a) w metrykę chrztu,
- b) w wydane przez plebana miejscowego, a przez władzę miejscową potwierdzone świadectwo ubóstwa,
- c) w dowód pochodzenia szlacheckiego i
- d) w świadectwa dojrzałości, frekwencyi i inne świadectwa naukowe, przedłożyć w ciągu terminu konkursowego za pośrednictwem zwierzchności wydziału prawniczego c. k. Namiestnictwa.

Z c. k. Namiestnictwa.
Lwów, dnia 24 października 1866.

3. 10064. Kundmachung. (1121. 1-3)

Gegen die in Folge kaiserlicher Verordnung vom 19. August 1866 ermäßigte Tare von 2 Kreuzern für je 2 1/2 Loth können mit der Briefpost im Inlande befördert werden:

1. Druckachen, nämlich alle gedruckten, lithographirten, metallographirten, photographirten oder sonst auf mechanischem Wege hergestellten, nach ihrem Format und ihrer sonstigen Beschaffenheit zur Beförderung mit der Briefpost geeigneten Gegenstände. — Ausgenommen hiervon sind die mittelst der Copirmaschine oder mittelst des Durchdruckes hergestellten Schriftstücke — müssen jedoch so eingeleistet werden, daß die Beförderung des Inhaltes auf Gegenstände, denen die Ermäßigung des Porto zufließt, erkannt werden kann. Die Beförderung dieser Gegenstände gegen die ermäßigte Tare ist unzulässig, wenn dieselben nach ihrer Fertigung durch Druck u. s. w. irgendwelche Zusätze mit Ausnahme des Dites, Datums und der Namensunterchrift beziehungsweise Firmazeichnung oder aber Veränderungen am Inhalte erhalten haben.

Bei den Kreuzbandsendungen dürfen auf der inneren und äußeren Seite des Bandes Zusätze irgendwelcher Art, welche keinen Bestandtheil der Adresse bilden, sich nicht befinden. Bei Preiscontants und Handelscircularen ist ausnahmsweise der handschriftliche Eintrag, der Preise und des Namens des Reisenden, sowie die handschriftliche oder auf mechanischem Wege bewirkte Aenderung der Preisansätze und des Namens des Reisenden gestattet worden. Den Correcturbogen können Aenderungen und Zusätze, welche die Correctur, die Ausstattung und den Druck betreffen, hinzugefügt, auch kann denselben das Manuscript beigelegt werden. Die bei den Correcturbögen erlaubten Zusätze können in Ermangelung des Namens auch auf besonderen, den Correcturbögen beigelegten Zetteln angebracht sein.

2. Wirkliche Waarenproben und Muster, die an sich keinen eigenen Kaufwerth haben. Auch hier gilt hinsichtlich der Beförderung die Bedingung, daß der Inhalt der Sendungen leicht erkannt werden kann. Die Adresse muß den Vornamen: „Proben“ enthalten.

Auf denselben dürfen außerdem angegeben sein:

1. Der Name oder die Firma des Absenders.
2. Die Fabriks- oder Handelszeichen einschließlich der näheren Bezeichnung der Waare.
3. Die Nummern und
4. die Preise.

Soweit die Beförderung unter Band erfolgt, dürfen diese Angaben statt auf der Adresse bei, oder an jeder Probe für sich angebracht sein.

Es ist nicht gestattet, unter einem Bande anderweitige besondere Sendungen unter Band, die wieder für sich besonders adressirt sind, zu vereinigen. Dagegen ist die Vereinigung von Druckachen und Waarenproben und Mustern durch einen und denselben Absender zu einem Beförderungsbefugnisse gestattet.

Insbefondere darf der Waarenprobe oder dem Muster kein Brief beigelegt oder angehängt sein und eine derlei Sendung zu keiner Correspondenz-Bermittlung in irgend einer Art benützt werden.

Sowohl Druckachen als Waaren-Proben und Muster müssen bei der Aufgabe mittelst Briefmarken frankirt sein, und dürfen das Gewicht von 15 Zollloth einschließlic nicht übersteigen.

Was hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.
Lemberg, am 13. October 1866.

3. 10064. Kundmachung. (1122. 1-3)

Mit dem Erlasse des hohen k. k. Handelsministeriums vom 3. October 1866, Z. 9431/1041 wurde in Absicht auf die Beförderung der Correspondenzen aus Oesterreich nach jenen Orten im türkischen Kaiserreiche, wo österreichische Postanstalten aufgestellt sind, folgendes festgesetzt:

1. Die Tare für die Beförderung derselben außerhalb Oesterreich beträgt vom 15. k. M. angefangen:
 - a. 5 fr. für einen einfachen Brief nach jenen Orten der Donaufürstenthümer wo sich k. k. Postanstalten befinden,
 - b. 10 fr. für den einfachen Brief nach jenen Orten in der europäischen und asiatischen Türkei wo sich k. k. Postanstalten befinden, so wie nach Alexandrien und Aegypten,
 - c. 2 fr. pr. 2 1/2 Zollloth für Kreuzbandsendungen-Waarenproben und Muster, wenn dieselben den in der kais. Verordnung vom 19. August 1866 und in der Kundmachung von gleichem Datum und Zahl festgesetzten Bedingungen entsprechen. Das für die Strecke von Triest nach Alexandrien entfallende Seepporto pr. 10 fr. für einen einfachen Brief und von 2 fr. pr. 2 1/2 Loth für Kreuzbandsendungen Waarenproben und Muster, wird auch bei jenen Correspondenzen in Anwendung kommen, welche über Alexandrien nach China, Ostindien, Australien u. s. w. versendet werden.
2. Zu diesen Portofügen tritt bei Correspondenzen zwischen Oesterreich und den genannten Orten das interne österreichische Porto von 5 fr. für den frankirten einfachen Brief und 10 fr. für den unfrankirten einfachen Brief und von 2 fr. pr. 2 1/2 Zollloth für die vorschriftsmäßig beschaffenen Kreuzbandsendungen, Waarenproben und Muster.

Die Gesammttare beträgt daher:

- a. bei Correspondenzen zwischen Oesterreich und jenen Orten in den Donaufürstenthümern wo sich k. k. Postanstalten befinden 10 fr. für den frankirten, 15 fr. für den unfrankirten einfachen Brief und 4 fr. pr. 2 1/2 Zollloth für Kreuzbandsendungen Waarenproben und Muster;
- b. bei Correspondenzen nach jenen Orten in der europäischen und asiatischen Türkei, wo sich k. k. Postanstalten befinden, 15 fr. für den frankirten, 20 fr. für den unfrankirten einfachen Brief und 4 fr. pr. 2 1/2 Zollloth für Kreuzbandsendungen, Waarenproben und Muster;
3. Bei Correspondenzen nach Belgrad beträgt die Gesammttare 5 fr. für den frankirten, 10 fr. für den unfrankirten einfachen Brief und 2 fr. für 2 1/2 Zollloth für Kreuzbandsendungen, Waarenproben und Muster.

Was hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.
Lemberg, am 13. October 1866.

3. 4875. Kundmachung. (1165. 1-3)

Vom k. k. Bezirksamte Biala wird bekannt gemacht, daß zur Sicherstellung der Beiseßung der hieramtlichen Häufige für das Jahr 1867 eine Licitationverhandlung am 19. November 1866 Vormittags 10 Uhr hieramts stattfinden wird.

Kundmachung.

Die priv. österr. Nationalbank escomptirt vom 19. November 1866 angefangen in Wien, acceptirte und nicht acceptirte Plagwechsel auf Bielez, Brünn, Debreczin, Fiume, Gratz, Innsbruck, Klagenfurt, Krakau, Kronstadt, Laibach, Lemberg, Linz, Olmütz, Pest, Prag, Reichenberg, Temesvar, Triest und Troppan, dann bei den Filialen in den eben genannten Orten, acceptirte und nicht acceptirte Plagwechsel auf Wien.

Der Zinsfuß für dieses Geschäft wird derzeit auf 5 1/2 % festgesetzt. Wechsel auf Kronstadt werden dormalen in Wien, sowie Wechsel auf Wien in Kronstadt mit 6 % escomptirt. Die näheren Bestimmungen wollen aus dem betreffenden Geschäfts-Reglement entnommen werden, welches die Escompte-Cassen der Bank in Wien und in den Filialen unentgeltlich erfolgen.

Wien, am 10. November 1866.

(1166. 1-3)
Von der Direction der priv. österr. Nationalbank.

Gottes Segen!

Mit dieser hübschen und oft bewährten Glückswaise empfehle ich zum Preise von nur 2 Gulden für 1 Stück inclusive Stempel (1158. 2-12)

Promessen auf 1864er Staatslose aus den Serien 2436, 57, 2799, 3288, 3639, 46, 52, 3774, 75, 3818, 3838.

Die Gewinnziehung findet schon am Samstag den 1. Dezember hier in Wien statt, und ist der Haupttreffer diesmal

250.000 Gulden.

Aufträge aus den Provinzen mit Beifügung des Betrages werden prompt ausgeführt. Auf Wunsch erhält man die amtliche Ziehungsliste, so wie die gewonnenen Gelder allsogleich zugesandt. **Man biete dem Glücke die Hand!**

Eduard Lipstadt, Wien, Wollzeile 9.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Barom. Höhe auf n. Paris. Linie c. Raum. red.	nach Meaurun Temperatur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Veränderung der Wärme im Laufe des Tages von bis
12	2	329.42	+ 3.2	69	West mittel	trüb	
10	29	73	2.7	68	" still	"	
13	6	28.41	5.0	74	" schwach	"	

Regen -2.4 + 6.4